

13.08

**Bundesrätin Rosa Ecker** (FPÖ, Oberösterreich): Sehr geschätzte Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, Sie stehen auf der Straße und ein Hagelkorn in Größe eines Hühnereis knallt vom Himmel neben Ihnen auf den Boden. Es gibt enorme Schäden an Gebäuden und landwirtschaftlichen Kulturen, und die Menschen sind fassungslos.

Bis jetzt gab es schon die Möglichkeit einer geförderten Ernteversicherung, und jetzt wird diese ausgeweitet. Damit sind Schäden durch Wetterextreme wie starken Regen, Dürre und Sturm sowie bisher schon Frost und Hagel abgedeckt und gefördert versicherbar. Allein die Zahl der Unwetter mit Hagel hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt, und sie sind extremer denn je. In Oberösterreich waren heuer hauptsächlich Obstbäume durch den Frost betroffen, besonders Steinobst – Marille, Kirsche, Zwetschke –, auch die Birnenernte ist massiv beeinträchtigt. Die Hälfte der Rebflächen in Oberösterreich hat schwere Frostschäden erlitten, und bei der Hälfte sprechen wir von 35 Hektar. Das ist aber für den einzelnen Weinbauer meist alles, weil in diesen Strichen oft die ganze Fläche betroffen ist.

Auch bei den diversen Gemüsekulturen musste ein Neuanbau auf 150 Hektar durchgeführt werden. Es gibt mehr als 200 Millionen € Schaden durch diese Wetterkapriolen in Österreich gesamt, wobei ich von der Mehrarbeit und der psychischen Belastung für die Landwirte noch gar nicht gesprochen habe.

Besonders ernst ist ganz aktuell – das haben wir auch heute schon gehört – die Lage im Grenzgebiet zu Bayern in den Bezirken Braunau und Schärding. Aufgrund der großen Regenfälle gibt es in Simbach am Inn Überflutungen und Erdabtragungen. Dort hat man nie mit einer Katastrophe in diesem Ausmaß gerechnet. Das Wasser stieg innerhalb von einer Stunde von null auf 1,50 Meter. Diese Bilder haben manche von Ihnen sicher noch im Kopf. Diese dramatischen Situationen spielen sich in manchen Gebieten dort seit Anfang Mai zum dritten Mal ab, das heißt, die Menschen sind drei Mal betroffen, haben drei Mal die Arbeit, oft drei Mal den Schaden.

Man sieht: Prävention in finanzieller Hinsicht ist unumgänglich. Die Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen, die in Hinkunft gefördert versicherbar sind, werden dann nicht mehr durch den Katastrophenfonds abgegolten, so sie eben versicherbar sind, wie wir im Ausschuss gehört haben. Bis dato wurde relativ unkompliziert und schnell Hilfe aus dem Kat-Fonds geleistet. So konnten existenzbedrohende Situationen abgewendet werden, und so hat auch die öffentliche Hand einen großen Teil zur Schadensbewältigung geleistet.

Der aus Steuergeldern dotierte Fonds stößt aber auch an seine Grenzen. Was ist also zu tun? – Das Ziel ist, dass jede Landwirtschaft für den Fall von Katastrophenschäden versichert sein soll. Das heißt, Landwirte müssen für den Fall von Katastrophen durch den Abschluss einer Elementarversicherung selbst vorsorgen. Die Hälfte der Prämienzahlung wird gefördert, 25 Prozent kommen aus Mitteln des Bundes vom Kat-Fonds und 25 Prozent aus Mitteln der Länder. Wir sprechen von Kosten von 11,2 Millionen € im Jahr 2016, ansteigend bis 2020 auf 16,8 Millionen €. Leichter zu handhaben wird auch die Abrechnung, da die Dreijahresfrist für die Schadensanträge entfallen wird.

Der Katastrophenfonds ist ein absolut notwendiges Instrument, das auch handlungsfähig ist. Ich denke hierbei an das Hochwasser 2002. Ich weiß nicht, ob sonst noch jemand betroffen war, ich spreche aus eigener Erfahrung. Wir hatten 1991 schon Hochwasser im Erdgeschoß, ungefähr 1,20 Meter, und haben uns damals in einem Gebiet an der Donau, nicht so leicht zu versichern, auch einen Versicherungsschutz geleistet. Die Prämien waren dementsprechend hoch. Die Schadenssumme wurde dazumal mit 200 000 Schilling bemessen, das war der Schaden, bei dem man annehmen konnte, dass er eintreten könnte oder höchstens eintreffen sollte.

2002 wurden wir alle eines Besseren belehrt. Das Hochwasser stand bis in den ersten Stock, 50 Zentimeter, und von 200 000 Schilling Schaden war keine Rede mehr. Von der Schadenssumme wurde die Versicherungssumme abgezogen, und Teile des restlichen Schadensbetrags – 35, 40, 50 Prozent, je nach Ausgangslage – wurden vom Kat-Fonds noch einmal erstattet.

Jetzt habe ich schon die Sorge und stellt sich für mich auch die Frage: Ist ein hundertprozentiger Schutz machbar? Ist das möglich? Wenn ja, werden sich auch die Prämien in einem dementsprechenden Rahmen und in einer entsprechenden Höhe bewegen? Wenn die Versicherung nicht den gesamten Schaden abdeckt, gibt es vom Kat-Fonds künftig keine Entschädigung mehr.

Wir sprechen von Katastrophen. Das Schadensausmaß – wir sehen es heute, gestern, morgen wahrscheinlich auch noch – ist oft unvorhersehbar. Hoffen wir also, dass die Landwirte gut beraten werden, die richtige Versicherungshöhe abschließen und dass sie sich die restlichen 50 Prozent von dieser Prämie auch leisten können.

Klimaveränderung war heute schon Thema, aber ich finde, es geht um noch mehr. In Österreich werden pro Tag mehr als zehn Hektar Land für Verkehrs- und Bauflächen verbraucht und davon mehr als fünf Hektar versiegelt, sagt das Umweltbundesamt.

Dadurch nimmt die Speicherkapazität des Bodens ab, was zu erhöhten Abflussspitzen führt. Diesbezüglich wäre auch ein Umdenken angebracht.

Allein seit dem EU-Beitritt haben nahezu 100 000 Bauernhöfe in Österreich zugesperrt – 1995 waren es noch um die 240 000 –, das heißt, sie haben aufgegeben, ihren Hof aufgegeben. Die österreichische Landwirtschaft ist nicht nur das Rückgrat eines lebenswerten ländlichen Raums und spiegelt die Traditionen wider, sie hat auch eine bedeutende und unverzichtbare Rolle innerhalb der österreichischen Gesamtwirtschaft. Durch Wettereinflüsse sind Landwirte aber in ihrer Existenz gefährdet: durch Schäden an privaten Gebäuden, die gleichzeitig ihre Firma sind, durch Ertragseinbußen und oft hundertprozentige Ernteaufschläge. Darum müssen wir sie unterstützen, wo es nur möglich ist, heute und hier mit unserer Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ und bei Bundesräten von ÖVP, SPÖ und Grünen.)*

13.14

**Vizepräsident Mag. Ernst Gödl:** Zu Wort gemeldet ist nun Frau Bundesrätin Dr. Reiter. – Bitte.